



Frühe Kulturen

Weit zurück in Irans Geschichte schaut eine Ausstellung in Bonn. **Seite 13**

Foto: The National Museum of Iran/Bundeskunsthalle/Neda Hossein Tehrani

Kleine Reue

Autoindustrie räumt ein paar Fehler beim Diesel-Skandal ein. **Seite 16**

Große Fahrt

Lada-Fans sind auf Friedenstour nach Togliatti. **Seite 20**

Foto: iStock/DNK-Kolya

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 5. Juli 2017

72. Jahrgang/Nr. 154

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT Ordnungsliebe

Uwe Kalbe über den aktuellen Verfassungsschutzbericht

Verfassungsschutz kann nicht als »vorbeugender Staatsschutz« übersetzt werden. Wird er aber. Zumindest was die gleichnamige Behörde angeht, handelt es sich um eine Institution zur Sammlung von Informationen über vermeintlich demokratiefeindliche oder extremistische Bestrebungen. Dem Staat und den Bürgern samt ihren Grundrechten kann jedoch nicht nur gefährlich werden, wer ihm gewaltsam entgegentritt und dabei an seiner Fassade kratzt. Sondern auch der, der den Abbau von Grundrechten betreibt und damit seine Grundlagen in Frage stellt.

Darüber zu wachen, wäre von Thomas de Maizière oder gar Hans-Georg Maaßen wohl zu viel verlangt. Nicht zu viel verlangt wäre es allerdings, den erbarungswürdigen Ruf der Sicherheitsbehörden selbstkritisch zu betrachten, der nicht nur rufschädigend für die Demokratie ist, sondern tatsächlich demokratiegefährdende Ursachen hat. Kein Indiz findet sich im Bericht über eine Abkehr von der Praxis, Nazistrukturen mit staatlichen Finanzen und unter Obhut von V-Leuten nicht nur zu überwachen, sondern sie sogar zu ermöglichen. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass immer neue Gefahren in den Fokus der Behörde geraten; wie zur Bestätigung ihrer Daseinsberechtigung sieht sie sich damit gezwungen, immer neue Beobachtungsposten zu errichten. Damit wirkt jeder Jahresbericht wie eine Argumentensammlung zum Selbstschutz. Als ein Beleg von Ordnungsliebe, zum Schutz von Ruhe und Ordnung. Immer wieder leider unter Preisgabe der Verfassungsordnung.

UNTEN LINKS

Heute gibt es hier eine kleine Aufgabe zum Mitmachen. Der **Verfassungsschutz**, so sagt es die Unionsfraktion angelegentlich der Vorstellung des gleichnamigen Berichtes, »ist unverzichtbarer denn je«. Warum das so ist? Nun, weil er solche Sätze zu erfinden imstande ist: »Linksextremisten geht es bei allen Aktionen nicht etwa darum, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Sie versuchen vielmehr, gesellschaftliche Konflikte (...) zu instrumentalisieren: Sie beteiligen sich an gesellschaftlichen und politischen Debatten und Protestaktionen, um ihre (...) Positionen zu popularisieren und neue Mitglieder oder Sympathisanten zu gewinnen. Ihr wirkliches Ziel, die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, verlieren sie dabei nicht aus den Augen.« Und nun ersetzen Sie doch »Linksextremisten« bitte durch das Wörtchen »Verfassungsschützer« und »Mitglieder« durch »V-Leute«. Mehr ist gar nicht nötig, um aus einem Geheimdienstsatz so etwas wie die Wahrheit werden zu lassen. **tos**

ISSN 0323-3375



Protest im Griff

Verfassungsschutzbericht sortiert Gewalttäter, Polizei in Hamburg Demonstranten



Immer wieder in diesen G20-Tagen schreitet die Polizei in Hamburg gegen Protestaktionen ein.

Foto: imago/Manngold

Berlin. Zwar ist die Zahl der linksextremistischen Straf- und Gewalttaten gesunken – im Umfeld des G20-Gipfels in Hamburg scheinen die Sicherheitsbehörden jedoch das Allerschlimmste zu erwarten. Durch ihren autoritären und stigmatisierenden Umgang mit den Protestierenden und die Einschränkungen der Demonstrationen tun sie zugleich alles, die Empörung der Akteure nach Kräften zu schüren. Damit haben die Demonstranten wohl gute Chancen, im Verfassungsschutzbericht 2017 unter der Rubrik der »Linksextremisten« mitgezählt zu werden. Im Bericht zum Jahr 2016, den Bundesinnenminister Thomas de Maizière

(CDU) gemeinsam mit Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen am Dienstag in Berlin vorstellte, ist deren Zahl mit 28 500 angegeben. Wer die G20-Gegner pauschal kriminalisiere, »der betreibt Eskalation, statt sie zu verhindern«, merkte der Vizefraktionschef der LINKEN im Bundestag Jan Korte hierzu an. Einigen der größten Demokratieverächtern dieser Welt werde der rote Teppich ausgerollt, während man für die eigenen Bürger nicht mal eine Wiese zum Zelten übrig habe.

Dabei sind aus dem Bericht die bedrohlichsten Gefahren der öffentlichen Ordnung, die nämlich, die von Nazis und anderen

Rechtsextremisten ausgehen, deutlich herauszulesen. Deren Potenzial und kriminelle Energie haben zugenommen. Im Nebeneinander mit gleichfalls steigender Gefahr islamistischer Bedrohung in Deutschland ist dies ein zunehmend explosives Potenzial. Mehr als jeder zweite Rechtsextremist sei als gewaltorientiert einzuschätzen, die Hemmschwelle der Rechten zur Gewalt auch gegenüber politischen Verantwortungsträgern sinke. Der Bericht widmet sich auch der gewachsenen Zahl von Cyberangriffen. Russland, China und Iran seien die Hauptakteure gegen Deutschland gerichteter Spionageaktivitäten. **uka Seite 5**

Experten raten zur Mit-Mutterschaft

Justizminister Maas fordert: Recht muss mit modernen Familienmodellen mithalten

Die Familienkonstellationen sind vielfältig geworden. Das muss auch das deutsche Recht aufgreifen, fordern Experten in einem Bericht für Justizminister Maas.

Berlin. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat eine Debatte über eine Reform des Abstammungsrechts angeregt. »Die soziale Wirklichkeit der Familienmodelle verändert sich, und unser Recht muss mit diesem Veränderungsprozess Schritt halten«, erklärte Maas am Dienstag. Dies erfordere eine intensive Diskussion.

Der Minister nahm den Abschlussbericht eines vor zwei Jahren von ihm eingesetzten Arbeitskreises entgegen, der Reformbedarf im Abstammungsrecht ausloten sollte. Hintergrund waren vor allem Entwicklungen in der Fortpflanzungsmedizin, bei denen die Eltern, die das Kind bekommen und aufziehen wollen, nicht zwangsläufig die

leiblichen Eltern sind. Insgesamt legte der Arbeitskreis 91 Empfehlungen für eine Reform des Abstammungsrechts vor. Dabei setzen die Experten auf eine »moderate Fortentwicklung«, um weiterhin eine Rechtssicherheit zu gewährleisten und angemessene Regelungen auch für solche Familien zu finden, die nicht als verheiratete Eltern zusammenleben oder in denen Kinder durch Samen- oder Embryospende entstanden sind.

Ein Grundgedanke bleibe bei der Neugestaltung des Rechtsrahmens bestimmend, sagte die Vorsitzende des Arbeitskreises, die frühere Bundesgerichtshof-Richterin Meo-Micaela Hahne: Eltern, die von einer natürlichen Kindeszeugung abweichen, »müssen an ihrer Verantwortlichkeit für das so gezeugte Kind ebenso festgehalten werden wie natürliche Eltern«, erklärte sie.

Unter anderem plädiert der Arbeitskreis für eine »Mit-Mutter-

schaft«, bei der in lesbischen Lebenspartnerschaften automatisch auch die Partnerin der Gebärenden Mutter wird. Bislang ist das für sie nur durch Adoption möglich und ändert sich auch nicht automatisch durch die am Freitag im Bundestag beschlossene »Ehe für alle«, weil dafür ein bestimmter Paragraf im Bürgerlichen Gesetzbuch geändert werden muss, in dem es heißt, dass der zweite Elternteil ein Mann sein muss.

Lesen Sie heute im Ratgeber

Behandlungsfehler: Wie hoch ist das Risiko?

Neues Reiserecht: Was kommt auf Urlauber zu?

Tierversicherungen: Welche sind wichtig?

Auf Zustimmung stößt der Vorschlag bei den Grünen. »Der Vorschlag einer »Mit-Mutterschaft« ist überfällig und der nächste logische Schritt nach der Ehe für alle«, sagte die Abgeordnete Franziska Brantner. Die Familienpolitikerin bemängelt aber, dass Themen wie Leihmuttertschaft und Eizellenspende nicht abschließend behandelt worden seien. »Hier brauchen wir in der nächsten Legislaturperiode dringend politische Antworten.«

Skeptisch äußerte sich die Union zu den Vorschlägen. Ihre rechtspolitische Sprecherin Elisabeth Winkelmeier-Becker forderte zudem, die Leihmuttertschaft müsse verboten bleiben – weil sie erhebliche Risiken und Gefahren für das Kind wie für die Frauen beinhalte. Bereits durch die Schwangerschaft entstehe »eine enge körperliche und psychosoziale Verbindung zwischen Mutter und Kind«, gab sie zu bedenken. **epd/nd**

Kommentar Seite 4

Das ist der Gipfel

+++ Streit um Camps geht weiter +++
Polizei warnt vor Anwaltsverein +++
+++ Initiative fordert stärkere UNO

Streit um Camps geht weiter

Der Rechtsstreit um die Errichtung von Übernachtungscamps während des G20-Gipfels geht weiter. Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen erklärten am Dienstag in einer Pressekonferenz auf dem Jungfernstieg: »Wir zeigen Haltung für Demokratie.« Sie riefen den Senat auf, demokratische Grundrechte zu garantieren. Am Nachmittag fand zudem eine Kundgebung im Volkspark Altona statt. Der Fernsehkoch Ole Plogstedt hatte als Protestaktion zu einem »Sleep in« aufgerufen. Die Polizei erlaubte laut den Campveranstaltern zwei »symbolische« Zelte. Das Abladen von Tischen und Bänken wurde behindert. Nach Kritik zeigte sich die Polizei großzügig: »Mitgebrachte Sachen« könnten auf einem Lkw zwischengelagert werden.

Folgen Sie uns!

Aktuelle Infos rund um die G20-Proteste? Gibt es @ndaktuell direkt aufs Handy! dasND.de/g20bot



Polizei warnt vor Anwaltsverein

Die Polizei hält einen Anwaltsverein für gefährlich. Dies geht aus einer Gefahrenprognose hervor, die von der Behörde beim Hamburger Verwaltungsgericht eingereicht wurde. Mehrere Anwälte der G20-Proteste seien laut dem Papier mit dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) sowie mit dem Verein »Hamburgs aktive Jurastudent_innen« (HAJ) und dem Verein »Kritische Jurastudierende« (KJS) vernetzt. Der RAV zeigte sich empört: Die Behörde vertrete die Auffassung, die Mitgliedschaft im RAV sei »Indiz für eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit«. Das rechtsstaatliche Prinzip der freien Anwaltswahl sei dadurch in Gefahr. Auch unterteile die Polizei die Rechtsanwälte in »genehme« und »gefährliche«. Was die Frage aufwirft, zu welcher Gruppe Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) gehört. Denn auch dieser ist Mitglied im RAV.

Initiative fordert stärkere UNO

Im Vorfeld des G20-Gipfels hat sich Demokratie ohne Grenzen für eine Stärkung der Vereinten Nationen durch eine parlamentarische Versammlung ausgesprochen. Als Vorbild soll der UNO das EU-Parlament dienen. Die von der Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Berlin koordinierte Kampagne für eine UN-Parlamentarierversammlung wird von rund 1500 Abgeordneten aus über 100 Ländern sowie Wissenschaftlern, ehemaligen UN-Beamten und Persönlichkeiten unterstützt. »Vertrauliche Beratungen eines selbst ernannten Regierungsklubs sind nicht der richtige Ort, um über wichtige globale Fragen zu entscheiden«, sagte Andreas Bummel, Geschäftsführer von Demokratie ohne Grenzen.

Über Jobs, Sparpolitik und Giftcocktails

In fünf bis zehn Jahren könnte in ganz Europa Vollbeschäftigung herrschen, wenn die Politik auf eine alternative Wirtschaftspolitik umsteuert. Das steht für den österreichischen Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister zweifelsfrei fest. Er hat auch eine Erklärung dafür, warum die Politik bislang keinen Kurswechsel vollzogen und stattdessen mit ihrer Sparpolitik Millionen Menschen ins Unglück gestürzt hat. Inzwischen sei die Situation in Europa mit den 1930er Jahren vergleichbar: »Wir haben es heute mit einem Giftcocktail zu tun, der die gleichen Zutaten enthält wie damals, nur die Dosis ist geringer«, sagt der Forscher im nd-Interview. **nd/Agenturen**

Geschichte der Gipfeltreffen	Seite 2
Interview: Marktreligion und ihre Folgen	Seite 3
Gipfel-Kolumne	Seite 4
Debatte über Rüstungskontrolle	Seite 8
Stop-Trump-Bündnis in Großbritannien	Seite 8
Gipfelsturm: Attac ist am Start	Seite 18